

JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK

herausgegeben vom Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik
an den österreichischen Universitäten

vol. XX, No. 4–2004

MULTIKULTURELLE AUTONOMIE IN LATEINAMERIKA

Schwerpunktredaktion: Leo Gabriel, René Kuppe

Mandelbaum Edition Südwind

Inhaltsverzeichnis

- 4 Einleitung
- 8 RENÉ PAUL AMRY
Das Recht auf kulturelle Identität als Schranke für das Strafrecht
in Lateinamerika
- 25 LEO GABRIEL
Multikulturelle Autonomie: Ein Paradigma für
partizipative Demokratie in Lateinamerika
- 43 RENÉ KUPPE
Diskurse zur Begründung multikultureller Autonomie in Lateinamerika
- 62 GILBERTO LÓPEZ Y RIVAS
Die Autonomie der Indio-völker in Mexiko
- 74 ROBERT LESSMANN
Multikulturelle Autonomie und Nachhaltigkeit am Beispiel
der „Gewerkschaften“ der Kokabauern Boliviens
- 89 NICOLE SCHABUS
Freihandelsabkommen bedrohen indigene Rechte
Indigene Autonomie in den Amerikas oder Freihandel
mit indigenen Rechten
- 103 Rezensionen
- 109 Autorinnen und Autoren
- 110 Die letzten Ausgaben
- 111 Informationen für AutorInnen / Information for Contributors
- 112 Impressum

GILBERTO LÓPEZ Y RIVAS

Die Autonomie der Indioölker in Mexiko

„Das Gebirge sprach zu uns: wir mögen die Waffen ergreifen, um so eine Stimme zu haben, es sprach zu uns: wir mögen unser Gesicht verhüllen, um so ein Antlitz zu haben, es sprach zu uns: wir mögen unsere Namen vergessen, um so beim Namen genannt zu werden, es sprach zu uns: wir mögen unsere Vergangenheit bewahren, um so ein Morgen zu haben.“

MAYOR ANA MARÍA DEL EZLN

1. Ethnozid durch Unterwerfung

Eine der wichtigsten Auswirkungen der Bewegungen der indigenen Völker Lateinamerikas im letzten Jahrzehnt besteht darin, dass die multikulturelle, multilinguale, multiethnische Natur der zeitgenössischen Nationalstaaten ins Zentrum der akademischen und politischen Diskussion gerückt wurde. Aufgrund der Rebellionen und politischen Bewegungen der indigenen Völker, die insbesondere in Mexiko, Guatemala, Nicaragua, Ecuador, Bolivien, Peru ausbrachen, trat im Spiegel unserer „nationalen Identitäten“ jene Andersartigkeit (*otredad*) zu Tage, deren Existenz heute ebenso systematisch geleugnet wird wie ihre historische Erscheinungsform glorifiziert wird; diese „Andersartigkeit“ regt sich nun wie ein äußerst unbequemes soziopolitisches Subjekt, das sein Recht auf freie Selbstbestimmung und Autonomie einfordert und nach einer Welt verlangt, „in der wir alle Platz haben“.

Diese nach außen hin offene indigene Bewegung gründet sich nicht auf Hass oder Stammes-kriege rassistischer Art, wie sie aus anderen Breiten (Ex-Jugoslawien, Tschetschenien, Russland) bekannt sind, sondern auf ein gemeinsames Projekt des Wiederaufbaus unserer nationalen und supra-nationalen Gesellschaften, welche ausgerechnet in diesen Zeiten eines alles verheerenden Neoliberalismus ein neuartiges Netzwerk lokaler, regionaler,

nationaler und internationaler Beziehungen von unten her aufzubauen sucht, ein Netzwerk, das die Achtung vor den Unterschieden, der Vielfalt und dem Reichtum kultureller Ausdrucksformen von Völkern und sozio-ethnischen Gemeinschaften verschiedenster Art zur Grundlage hat.

Liberaler und Konservativer – ebenso wie ein Großteil der Linken – haben die indianischen Völker immer außerhalb ihrer nationalen bzw. ihrer sozialen Befreiungsprojekte gesehen; sie wurden entweder als Hindernisse oder Ballast für den „Fortschritt“ oder die „Revolution“ empfunden oder als Ausdruck einer Rückständigkeit, welche auf dem Weg einer „Entwicklung“ zu überwinden war, an deren Endpunkt die USA und Europa standen, bzw. die sozialistischen Modelle, welche die einen oder anderen im Hinterkopf hatten.¹

In der Staatspolitik der lateinamerikanischen Eliten wurden die Indigenen immer als „Volksgruppen“ behandelt, die von den im Aufbau befindlichen „Nationalitäten“ assimiliert oder in einer Beziehung ausgrenzender Vormundschaft konserviert werden sollten. Beide Perspektiven – die „assimilierende“ ebenso wie die „differenzierende“ – welche das unentwegt schwingende Pendel des Aufbaus der Nationalstaaten darstellten – zeigten zwei Seiten ein und derselben Politik, nämlich der des Ethnozids durch Unterwerfung, die in der Assimilation oder Segregation anderer Kulturen besteht.

Das Modell des Nationalstaates gründete sich in Lateinamerika auf Ausgrenzung und kulturelle Einheitlichkeit (*monoculturalismo*). In jeder Form der staatlichen Organisation, sei sie nun zentralistisch oder föderalistisch, haben sich die herrschenden Klassen den Indigenen immer als rassistisch überlegen betrachtet und die Existenz unterschiedlicher Völker als eigene Rechtspersönlichkeiten systematisch negiert. Daraus ergab sich, dass der in der Verfassung vorgegebene gesetzliche Rahmen – ein von Mestizen und Kreolen ersonnenes Nationalprojekt – die multiethnische Zusammensetzung unserer Nationen schlichtweg leugnete und zwar unter dem liberalistischen Vorwand des Grundsatzes, dass „alle Staatsbürger vor dem Gesetz gleich sind“. Dieses Konzept der formalen Gleichheit wird noch heute als eines der häufigsten Argumente ins Treffen geführt, um Angehörigen anderer Volksgemeinschaften ihre Rechte zu entziehen.

Gleichzeitig wurde in den lateinamerikanischen Staaten mit starkem Anteil an indigener Kultur die präkolumbianische Vergangenheit innerhalb des symbolischen Konstrukts der so genannten „nationalen Identität“ immer verherrlicht, indem man sich mit deren staatlichen und gesellschaftlichen Strukturen identifizierte (im Fall von Mexiko etwa mit dem Volk der *mexica*), ohne diese mythifizierte Vergangenheit mit den aktuellen Indianervölkern in irgendeine Beziehung zu setzen. Die Glorifizierung des „toten Indio“ einerseits

und die rassische Diskriminierung seiner Nachkommen andererseits, das waren immer die Gradmesser, an denen sich die herrschenden Gruppen Lateinamerikas (mit nur unbedeutenden Varianten von Land zu Land) in ihrem Verhalten orientierten.²

Dabei ist Mexiko (im Gegensatz zu seiner lange Zeit staatstragenden Revolutionsideologie) keineswegs die Ausnahme. Auch hier gründete sich die Heranbildung des Nationalstaats auf der Notwendigkeit, ein System der „nationalen Hegemonie“ zu schaffen, welches die alten regionalen Organisationsformen ethnischer, kultureller, sprachlicher und kollektiver Art zerbrach, um sie zu zerstören oder im Dienste eines nationalen Marktes umzufunktionieren; dieser Zerstörungsprozess setzte sich in allen Bereichen durch: Sowohl was die Bodenbesitzverhältnisse betraf als auch in Bezug auf den Aufbau von politischen Strukturen der Unterwerfung und Besitzergreifung, die bald nicht mehr aufgrund von Sklavenarbeit oder persönlicher Abhängigkeit entstanden, sondern aufgrund der Beziehung des Kapitals zu den so genannten „freien“ Lohnarbeitern.

Das heißt: Das Modell des Nationalstaates des 19. Jahrhunderts, welches schließlich weltweit zum Vorbild wurde, bestand grundsätzlich darin, ein System der Ausbeutung auf einer in sprachlicher, kultureller, sowie rechtlicher Hinsicht uniformen nationalen Gesellschaft aufzubauen, wobei des Staates als einem politischen Organ mit zentralisierender Funktion die Aufgabe zufiel, diese nationale Vereinheitlichung durch entsprechende Aktionen umzusetzen. (Marmora 1986)

2. Die Rolle der Maya-Zapatisten³

Mit dem Aufstand der Maya-Zapatisten tritt innerhalb der nationalen Diskussion die rassistische und völkermörderische Natur des zeitgenössischen Kapitalismus klar zutage, insbesondere in seiner aktuellen neoliberalen Spielart. Die indigenen Völker und die Zapatistische Befreiungsarmee (*Ejército Zapatista de Liberación Nacional* – EZLN) hinterfragen das herrschende Modell des Nationalstaates, dessen Dekadenz sich vor allem in seiner Unfähigkeit zeigt, die ihm innewohnenden Widersprüche zu überwinden:

- a) die patriarchalische Ideologie, der Rassismus, die tief greifenden Ungleichheiten und die soziale Polarisierung, der Verlust der tatsächlichen Ausübung der Souveränität aufgrund der unterwürfigen Einordnung des Landes in eine internationale Ordnung
- b) der abgrundtiefe Spannungszustand zwischen Volk und Regierung und der stete Verlust der staatlichen Hegemonie, wobei zur Erhaltung der Macht immer mehr Gewalt ausgeübt wird

- c) die Unfähigkeit, die für einen friedlichen Weg zu einer wirklich demokratischen Regierungsform notwendigen Veränderungen durchzuführen sowie die Entwicklung eines neuen nationalstaatlichen Projekts zu ermöglichen, welches das Überleben Mexikos als pluralistischen, unabhängigen und souveränen Staat garantiert; eine Unfähigkeit auch, die ökonomische Gangart zu ändern, die das aktuelle nationale Desaster hervorgerufen hat (López y Rivas 2004)

Das Autonomieprojekt der Indiovölker sieht sich zweierlei Formen des Rassismus gegenüber: Einerseits dem „differenzierenden“ Rassismus, der sie auszuschließen sucht. Sie werden aus unseren Nationen ausgegrenzt, da sie als fremdartig empfunden, als Fremde in ihrem eigenen Land angesehen werden. Andererseits dem „assimilierenden“ Rassismus, der diese Völker verschwinden lassen möchte, indem er sie in die so gen. „nationalen Kulturen“ integriert, jene Kulturamalgame, die als „überlegen“ oder „fortschrittlich“ angesehen werden.

Die Uniformität der aufgezwungenen Kultur und Sprache sowie die Diskriminierung und das Elend bewirken gleichermaßen die Auflösung der Identitäten der verschiedenen und vielfältigen Indiovölker. Dagegen erheben sich die Bewegungen des indigenen Widerstands und stärken damit die Heranbildung eines „autonomen Subjekts“ (*sujeto autonómico*), das zum Bewusstsein einer eigenständigen Identität gelangt. Dieses „autonome Subjekt“ findet seine positive Selbstbestätigung in der Selbstverwaltung (*autogestión*) und auf allen Ebenen demokratischer Strukturen der Regierungsfähigkeit (*governabilidad*). Die Entwicklung eines Autonomieprozesses setzt also bei der Stärkung des „autonomen Subjekts“ auf allen Ebenen an. Wie der Fall Mexiko zeigt, ist die Existenz eines politischen Akteurs nötig, der die Gemeinschaft repräsentiert und der über den Interessen der Parteien, einzelner Individuen oder Gruppen steht. Es ist also die Aufgabe dieses autonomen Subjekts, für die Festigung der Familienstrukturen, der Gemeinden und der Produktionsnetze zu sorgen. Nur so kann sich das Verständnis entwickeln, dass die einzige tragfähige Autonomie jene ist, die auf den kollektiven Bemühungen der Indiovölker aufbaut.

Die indigenen Autonomien und die Herausbildung eines politischen und sozialen „Indio-Subjekts“ stellen auch eine befreiende Alternative zu den bevormundenden und assistentialistischen Strukturen des offiziellen Indigenismus dar, welche Rodolfo Stavenhagen so schön als „bürokratischen und politischen Kontrollapparat der staatlichen Behörden für die indigenen Völker“ bezeichnet und als „Art und Weise, hierarchische, autoritäre Systeme mit dem staatlichen Klientensystem wieder zu beleben“ (Stavenhagen 1996).

Die indianischen Völker erreichen ihre „demokratische Regierungsfähigkeit“ mit Hilfe von Konzepten, die sich nicht bloß aus ihrer Autonomie her-

leiten. Sie haben sich zum Ziel gesetzt, eine völlig andere Art von Politik zu machen als in den traditionellen Formen des klientelistischen, von Zwangskollektivierung und Repression gezeichneten Nationalstaats üblich ist. Der *Zapatismo* zum Beispiel nimmt sich vor, die Formen der direkten und partizipativen Demokratie zu verwirklichen wie sie in den Konzepten von „gehorchend befehlen“ (*mandar obedeciendo*), „Auflösbarkeit des Mandats“ (*revocación del mandato*), „regieren als Dienst“ (*gobernar como servicio*), „Selbstverwaltung“ und „Selbstorganisation der sozialen Kräfte“ (*autogestión y autoorganización del poder social*), „vertreten, aber nicht ersetzen“ (*representar y no suplantar*), „vorschlagen und nicht vorgeifen“ (*proponer y no imponer*), „überzeugen statt siegen“ (*Convencer y no vencer*) zum Ausdruck kommt. Damit lehnen die Zapatisten in ihrer Praxis als Autonomien Formen der Machtausübung ab, die eine passive Bürgerschaft zu unterwerfen und kontrollieren sucht. Ein Beispiel für diese Entwicklung ist die Entstehung der so genannten *Juntas de buen gobierno* (wörtlich: Räte der guten Regierung im Sinne der *good governance*) in den von den Zapatisten kontrollierten Zonen.

Das Problem besteht darin, dass die bestehenden Nationalstaaten sich selbst als „neutrale“ Räume begreifen, welche einfach von den herrschenden Klassen ausgefüllt und besetzt werden können – und zwar im Sinne der vom Kapital auferlegten zivilisatorischen und sozioökonomischen Modelle; sie verschleiern die Ausplünderung der natürlichen Ressourcen und der Biodiversität (welche sich vielfach ausgerechnet im Territorium der Indiovölker befinden); sie verkörpern für alle den permanenten wildwüchsigen Kapitalismus, die entmenschlichende Kultur des individuellen Konsums und des privaten Gewinns. Wir beziehen uns klarerweise auf jene Klassen, die, unter Missachtung ihrer nationalen Zugehörigkeit, zu unterwürfigen Teilhabern an der neoliberalen Dynamik und an den von den USA angeführten imperialen Projekten geworden sind.

Unter diesen Umständen bedeuten jene Gesellschafts- und Regierungsprojekte, die aus der Tiefe der Erde auftauchen, wie die der Indiovölker in ihrem Autonomie-Prozess eine mögliche Alternative, welche – anstatt den faden Nachgeschmack einer Vielzahl von ethnischen Fundamentalismen heraufzubeschwören – eine moderne Form von humanistischen Grundsätzen und neuen Utopien zum Ausdruck bringt.

3. Die Autonomie-Vorschläge der Indiovölker

Die Anerkennung der „freien Selbstbestimmung“ der indigenen Völker durch die „Autonomie“, welche im „Abkommen von San Andrés“ festgelegt und teilweise im Entwurf der COCOPA wieder aufgenommen wurde, iden-

tifiziert Rechte und Pflichten von als „Völkern“ anerkannten „sozialen Subjekten“; damit wird letztlich die Nabelschnur des Indigenismus und der korporativen Politik des Staatspartei-Regimes durchschnitten, welche viele Jahre hindurch die indigenen Völker politisch und ideologisch unterworfen hatte. Das Wesentliche an der Autonomievorstellung der Indigenen im Abkommen von San Andrés ist, dass sie die Bedingungen dazu schafft, die Leistungsfähigkeit der autonomen Subjekte zu erweitern und zu entwickeln, damit sie nicht nur ihre eigenen Angelegenheiten in die Hand nehmen, sondern auch im nationalen Leben einzugreifen vermögen. Diese Tatsache, die „Herausbildung eines autonomen Subjekts“ mit nationaler Präsenz und Tragweite, mit harmonisch aufgeteilter Loyalität zwischen seinen spezifisch ethnischen Forderungen und den demokratischen Projekten gesamtnationalen Charakters, ist die größte Errungenschaft dieser Jahre des Kampfes seit dem 1. Jänner 1994.

Somit stellen die indigenen Autonomien und die Herausbildung eines politisch-sozialen Subjekts die befreiende Alternative zu den korporativen Strukturen des Staatsparteien-Systems sowie zur assistentialistischen Politik des offiziellen Indigenismus dar. Deshalb sind auch für die Regierung die Existenz und das politische Auftreten eines von ihren Kontroll- und Einflussmechanismen unabhängigen Subjekts unzulässig. Die Regierung und die politischen Eliten dieses Landes werden sich an die vitale Präsenz der Indio-völker im Leben der Nation, wo sie für sich selbst eintreten und ihre jahrhundertalten Rechte einfordern, gewöhnen müssen.

Trotzdem werden die Hindernisse für die praktische Umsetzung der Autonomien immer größer. Die machthabende Klasse hat sich für eine Linie der Konfrontation und der Härte entschieden, die zum klassischen Regime des korporativen Präsidialismus zurückkehrt, die Staatsreform nicht durchführt, die Probleme, welche zu den Bewegungen des bewaffneten Kampfes geführt haben, nicht löst, die Wirtschaftspolitik um keinen Deut ändert. Auf der anderen Seite bereitet sie sich auf einen langfristigen sozialen Kampf mittels einer umfassenden Militarisierung sowie Änderungen in der Gesetzgebung zur besseren Kontrolle des sozialen Konflikts, der Aufständischen und Rebellen vor (López y Rivas 1999).

Die zapatistische Autonomie will keine neue Regierungsform errichten, keine korporativen oder Sonderrechte und auch keine Reservate schaffen. Sie grenzt keine autonomen Territorien ab und nimmt auch keine administrativen Einteilungen spezifischer Territorien im Nationalgebiet vor – wie das sehr wohl in Nicaragua und Spanien der Fall ist.

Hingegen anerkennt das Abkommen von San Andrés das Recht auf Autonomie innerhalb der Grenzen des mexikanischen Staates und legt in der Fol-

ge die inneren Kompetenzen der indigenen Autoritäten fest, ihre Rechte und Pflichten sowie die gemeinsamen und/oder spezifischen Rechte und Pflichten der föderativen und staatlichen Gewalten sowie der Gemeinden.

Das Abkommen von San Andrés definiert das „Rechtssubjekt“, indem es die Bestimmungen des „Abkommens 169“ der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) befolgt (Gomez Rivera 1996) und die Zuständigkeiten der Autonomie in Bezug auf die interne Organisationsform des Sozialsystems, der Rechtssysteme, der politischen Vertretungsbefugnis, des Landes und des Territoriums, der Sprache, Kultur, der ethnischen Angelegenheiten und der Kommunikationsmittel festlegt.

Ebenso spricht sich das Abkommen von San Andrés für eine ausgewogene Entwicklung aus, die der Staat vorantreiben soll und für den Kampf gegen jede Form der Diskriminierung. Es werden geteilte Kompetenzen zwischen den Dorfgemeinden und den regionalen und nationalen Regierungsinstanzen festgesetzt, insbesondere was das Erziehungswesen betrifft. Außerdem werden die Rechte der MigrantInnen geschützt und die Gemeinden als „öffentlich-rechtliche Körperschaften“ definiert. Weiters gibt es die Möglichkeit eines Zusammenschlusses von Gemeinden und Munizipien nach ethnischen Kriterien – wie das bereits in die Verfassung des Bundesstaats Oaxaca⁴ aufgenommen wurde. Es wird auch die Übertragung öffentlichen Eigentums auf die Munizipien und Distrikte regeln.

Das alles wurde von der mexikanischen Bundesregierung mit der Unterzeichnung des Abkommens von San Andrés akzeptiert. Deshalb ist es eigenartig, dass die Regierung nachträglich und ohne jegliche Grundlage ein Bedrohungsszenario an die Wand malt und vorgibt, sich nicht mehr an die Vereinbarungen erinnern zu können – nicht nur das Abkommen von San Andrés betreffend, sondern auch die Konvention 169 der OIT. (Gomez Rivera 1996)

Das Autonomieprojekt ist nicht gegen die „nationale Einheit“ gerichtet. Zum Teil freilich deshalb, weil es diese „nationale Einheit“ gar nicht gibt: Das Land ist polarisiert, geteilt, zerrissen wegen der Ungleichheit, des Elends, der Ausbeutung, wegen der institutionalisierten Gewalt, wegen des realen Verlusts der Souveränität, was durch ein grundlegend „antinationales“ Wirtschaftsmodell hervorgerufen wird – und die Regierung versinkt in Korruption und hat jederlei Glaubwürdigkeit verloren. Zum anderen Teil deshalb, weil es keine einzige indigene Organisation gibt, nicht einmal die radikalste, die man sich vorstellen kann, welche die Forderung nach der Gründung eines eigenen Staates oder nach einer Loslösung vom Lande aufstellen würde – wie es sehr wohl politische und wirtschaftliche Sektoren des Nordens oder von Soconusco in Chiapas deklariert haben bzw. jene, die mit ihrer kosmopolitischen Erziehung

und Lebensweise sowie ihren Bankkonten sich dazu entschieden haben, wie es Carlos Montivais definiert hat, „die erste Generation von in Mexiko geborenen Nordamerikanern“ zu sein.

Somit gibt es nicht die geringste Vergleichsmöglichkeit mit den allgemein bekannten Fällen von Ex-Jugoslawien oder der ehemaligen UdSSR, der heutigen Russischen Föderation, wo es sehr wohl nationalistische Bewegungen mit Forderungen dieser Art gibt. Wer hier den Begriff „Balkanisierung“ verwendet hat, dreht sich im „Karussell der Unwissenheit“, wie es Luis Hernández Navarro nennen würde (La Jornada November 1996), oder er ist schlichtweg böswillig, wenn er eine historisch-kulturell-politische Situation, die mit uns überhaupt nichts zu tun hat, auf unsere nationale Realität überträgt: Die nationalistische Explosion, die auf der Balkanhalbinsel nach dem Zusammenbruch der türkischen und österreichisch-ungarischen Imperien stattgefunden hat, gab die Grundlage zur Entstehung vielerlei multinationaler Staaten, welche in ihrem Inneren von Bewegungen unterminiert waren, die bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts nach einer „ethnischen Säuberung“ verlangten. (Grmek 1993)

Paradoxerweise wurden die indigenen Bewegungen und die EZLN mit ihrem Autonomie-Entwurf nämlich beschuldigt, die nationale Einheit zu zerbrechen, das Land zu balkanisieren, Staaten im Staate bilden zu wollen, die Isolation zu suchen und den Hass zwischen den Völkern anzuheizen; wo es doch die regierende Klasse ist, welche eine offene Bündnispolitik mit dem internationalen Finanzkapital betreibt, um unsere natürlichen Ressourcen und Bodenschätze, unsere Produktionsstätten und unsere Arbeitskräfte feilzubieten. Damit verzichtet sie in der Tat auf die wirtschaftliche Souveränität und setzt die politische Souveränität einem schlimmen Risiko aus. Seit vier Sexenien haben wir es mit Regierungen zu tun, die man des „Landesverrats“ bezichtigen könnte, da sie nicht im Dienste des Fortschritts oder der Besserstellung der nationalen Mehrheiten handeln, sondern auf dem Opferaltar der Interessen und des Gewinns einer kleinen Gruppe der nationalen und ausländischen Finanzoligarchie.

Gegen die Autonomien zu sein wird mit verschiedenen „technischen“ Argumenten bemäntelt: Das Problem sei politisiert worden und daher sei es unmöglich objektiv darüber zu diskutieren; die Autonomie sei kein indianisches Projekt, sondern von außen durch Intellektuelle eingeführt worden und in Wirklichkeit existierten gar keine Völker (*pueblos*), sondern nur die Dorfgemeinschaften (*comunidades*), und die Autonomien könnten dem Problem der Armut nicht gerecht werden und so weiter. All dies sind Argumente, die dazu dienen, die allgemeine Verwirrung zu nähren und der Autonomie als einem alternativen Projekt das Prestige zu nehmen. Im Grunde haben all diese Stellungen eines gemeinsam: Sie verteidigen offen oder verdeckt den Kon-

servativismus einer Gesellschaft, die daran gewöhnt ist, den Indio als Objekt staatlicher Aktionen oder als „Opferobjekt“ zu sehen, niemals aber als aktives soziopolitisches Subjekt. Das Problem liegt im Wesentlichen nicht in Betrachtungen über juristische Techniken oder über begriffliche Präzisionen anthropologischer Art, sondern es liegt in politischen Gründen eines Staates, der sich weigert auf dem Wege der Demokratie fortzuschreiten. Es ist offenkundig, dass die Indio-völker nicht die Autonomie der Armut suchen, denn wenn dem so wäre, würde es genügen, alles beim Alten zu lassen, damit die „Autonomie“ sich in ihrer ganzen Nacktheit zeige.

4. Autonomie und Demokratisierung

Der in San Andrés übereingekommene Entwurf der Indigenen-Autonomie (unter der repräsentativen Präsenz von hunderten von Indioführern aus dem ganzen Land sowie von Fachexperten, die an den tiefstgreifenden Diskussionen, die in diesem Bereich je geführt worden sind, regen Anteil nahmen), von der COCOPA zu einem Gesetzesentwurf gemacht, basiert auf einer weit gefassten Perspektive in Richtung Demokratisierung des Landes: Es wird eine tief greifende Reform des Staates und der Gesellschaft angegangen, welche die Essenz des Sozialpaktes zu verändern sucht; welche nicht nur den Individuen und einzelnen Staatsbürgern, sondern auch dem Gemeinwesen Rechte zuspricht, also den vom Rest der Mexikaner zu unterscheidenden Völkern; welche eine Veränderung der Mentalitäten und der Beziehungsformen zwischen Indios und Nicht-Indios herbeiführen soll. Es ist nicht eine Regelung, die Isolierung und Rückzug innerhalb der Dörfer und Gemeinden ermöglicht, sondern ganz im Gegenteil: Es ist der Weg zur Vereinigung von Gleichberechtigten in einer vielgestaltigen und pluralistischen nationalen Gesellschaft.

Andererseits stellen die Verfassungsreformen nur einen ersten Schritt dar: Ihnen werden Reformen der sekundären Gesetze zu folgen haben, Änderungen in den Institutionen, besondere Programme zur Entwicklung der Indio-völker, nationale Alphabetisierungskampagnen rund um die indigenen Rechte und indigenen Kulturen mit dem Ziel, den Rassismus und die Diskriminierung unter uns auszurotten, um uns von dieser Last der „kolonialen Mentalität“, welche in der mestizischen Gesellschaft vorherrscht, frei zu machen. Um die neuen Generationen dahingehend zu sozialisieren und zu erziehen, dass sie den Reichtum und den Glanz der indigenen Zivilisationen nicht nur in ihrer Vergangenheit, sondern in der Gegenwart hochzuhalten lernen. (Bonfil 1987)

Die in San Andrés grundgelegte, wahrhaftige Verfassungsreform in Sachen indigene Völker ist notwendig und auch möglich, wenn es den politischen

Willen zum Verhandlungsweg gibt, wenn die Fortsetzung der Gespräche zwischen EZLN und der Bundesregierung tatsächlich gewünscht wird und eventuell die Friedensabkommen in Gerechtigkeit und mit Würde unterzeichnet werden; wenn wir die wachsende Militarisierung und die behördlichen wie kriegerischen Ausschreitungen überwinden wollen, wenn wir wollen, dass der *Congreso de la Unión* (das mexikanische Parlament) als eine wirklich nationale Vertretung agiert – in einer positiven Antwort auf einen der sozialen Sektoren, welcher, trotz Militarisierung und neoliberalistischer Aggression, sich durch den Indigenen Nationalkongress (*Congreso Nacional Indígena*) stets geordnet und in Mobilisierung gehalten hat.

Deshalb ist die Bedeutung dieser Reform sehr tiefgehend: Sie würde einen historischen Zyklus im Leben der Nation abschließen, es würde eine historische Schuld an den Völkern, aus denen diese Nation besteht, beglichen werden.

Von daher gesehen glauben wir, dass wir an einem definitiven Wendepunkt im Leben unserer Heimat stehen; an einem Punkt, der eine große Verantwortung für uns alle darstellt, Indios wie Nicht-Indios: Entweder wir sprechen uns für ein pluralistisches und demokratisches Nationalprojekt aus oder wir lassen zu, dass uns einmal mehr das längst überholte autoritäre, repressive und rassistische Staatsmodell auferlegt wird.

5. Schlussbemerkung

Die indigenen Völker sind zu einem grundlegend konstitutiven Bestandteil der „nationalen Frage“ geworden. Ohne sie ist der Weg zur Demokratie nicht machbar. Die Möglichkeit, ein auf Pluralismus und Kulturvielfalt aufbauendes demokratisches Regime zu errichten, ist die Autonomie. Die indigenen Autonomien bestehen in der Einbeziehung der Indios in das nationale politische Leben aufgrund eines demokratischen Verständnisses der Gesellschaft und des Staates. Die Autonomie ist jedoch kein Rezept oder Allheilmittel zur Lösung aller Probleme: Sie ist der Beginn eines Weges zur Demokratie, welchem die Indiovölker eine neue Bedeutung zumessen; und zwar indem sie gemeinschaftliche politische Regelungen unter sich aufnehmen, welche der Zapatismus als Formen der Demokratie entwickelt hat, die auf in alle Richtungen offenen, horizontal strukturierten Organisationen basieren:

„Gehorchend befehlen“ (*mandar obedeciendo*), „Auflösbarkeit des Mandats“ (*revocación del mandato*), „Regieren als Dienst“ (*gobernar como servicio*), „Selbstverwaltung“ und „Selbstorganisation der sozialen Kräfte“ (*autogestión y autoorganización del poder social*), „vertreten, aber nicht ersetzen“ (*representar y no suplantar*)

tar), „vorschlagen und nicht vorgreifen“ (*proponer y no imponer*), „überzeugen statt siegen“ (*convencer y no vencer*) (*Crónicas Intergalacticas* 1996).

Auch können die Autonomien als kollektive Strategien des Widerstands verstanden werden im Sinne einer gleichberechtigten Integration unseres Landes in den internationalen Kontext.

Jedenfalls müssen die Autonomien am „demokratischen Nationalprojekt“ teilhaben, weil durch sie die Bedingungen geschaffen werden, um Jahrhunderten der Unterdrückung ein Ende zu setzen. Damit könnte das Blut der historischen Wunde, die am Ursprung unserer Nation steht, endlich gestillt werden.

- ¹ Das beinhaltet für diejenigen, die sich wie ich als Marxisten verstehen, eine tief greifende Selbstkritik an der Klassenanalyse, die die ethnische Frage ausgeklammert hatte. Aus dieser Selbstkritik entstand in der mexikanischen Anthropologie eine philosophische Strömung, die sich als „ethno-marxistisch“ bezeichnete und die ein wichtiger Vorläufer für die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Autonomie war.
- ² Ein Beispiel dafür ist das Nationale Anthropologiemuseum, das 1964 nach den Vorstellungen des mexikanischen Bürgertums gebaut wurde und in dessen Zentrum sich der *mexica*-Saal befindet.
- ³ Wir verwenden den Ausdruck „Maya-Zapatisten“ um mit einem Sammelbegriff die verschiedenen Indio-völker mitzureflekieren, die an der Entstehung der Zapatistischen Befreiungsarmee beteiligt waren.
- ⁴ Artikel 94 der Verfassung von Oaxaca: “Die Munizipien haben das Recht freie Bündnisse einzugehen, unter Berücksichtigung ihrer ethnischen und historischen Zugehörigkeit, um regionale Entwicklungsunternehmen zu bilden...” (Quelle: Constitución del Estado Libre y Soberano de Oaxaca.)

Literatur

- Bonfil, Guillermo (1987): México Profundo, una civilización negada. México: SEP/ CIESAS.
- Constitución del Estado Libre y Soberano de Oaxaca. (1995) Oaxaca: Instituto Federal Electoral.
- Gomez Rivera, Magda (1996): El derecho indígena en la antesala de la Constitución. In: Economía Informa. Facultad de Economía de la UNAM. 1996 (núm. 250).
- Grmek, Mirko/Gjidara, Marc/Simac, Neven (1993): Le nettoyage ethnique, documents historiques sur une idéologie serbe. París: Fayard.
- Hernandez Navarro, Luis (1996): El carrusel de la ignorancia. In: La Jornada, 17. November 1996.
- Jáuregui Bereciartu, Gurutz (1986): Contrae l Estrado – nación, en torno al hecho y a la cuestión nacional. Madrid: SigloXXI.

- López y Rivas, Gilberto (1999): *Las Fuerzas Armadas Mexicanas a fin del Milenio: Los Militares en la Coyuntura Actual*. o. O.: primera edición.
- López y Rivas, Gilberto (2004): *Autonomías: Democracia o contrainsurgencia*. O. O.: Editorial ERA.
- Marmora, Leopoldo (1986): *El Concepto Socialista de nación*. México: Ediciones de Pasado y Presente.
- Primer Encuentro Intercontinental por la Humanidad y contra el Neoliberalismo. (1996) In: *Crónicas intergalácticas*.
- Stavenhagen, Rodolfo (1996): *Bienvenido el fin del indigenismo en México*, In: *Boletín del Colegio de Etnólogos y Antropólogos Sociales, A.C, Nueva Época* año1 (numero 2).

Abstracts

Das koloniale Erbe hinterließ dem mexikanischen Nationalstaat eine zerstörerische Politik der Ausgrenzung, die nahezu alle indigenen Kulturen bis zu ihrer Wurzel zu zerstören und zu versteinern suchte. Im Gegensatz dazu schafft die Autonomie der Mayas und Zapatisten nicht nur einen Freiraum zur Bildung kultureller Identitäten, sondern auch die Möglichkeit innerhalb des Nationalstaates in Mexiko völlige neue, partizipativ-demokratische Strukturen aufzubauen.

The colonial heritage left to the Mexican Nation-State a devastating political practise of social and racial exclusion who sought, through centuries, to extinguish and petrify the indigenous cultures down to their very roots. In a radical opposition to this the autonomy concept of the Mayan Zapatistas not only has created the political space for the development of new cultural identities; it also has opened up the possibility to construct in the framework of the Nation-State entirely new, participatory and democratic structures of society.

Gilberto López y Rivas
 Instituto Nacional de Antropología e Historia
 Avenida Revolución equina con Monasterios,
 Ex convento del Carmen, Colonia San Angel
 C.P. 01000 Mexico D.F.
 e-mail: lopezyrivas@yahoo.com